

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 5

Ausgegeben am 1. November 1918

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die dritte Note Wilsons.

Von Heinrich Cunow.

Die dritte Note Wilsons ist schneller eingetroffen, als man erwarten durfte. Das beweist, daß die amerikanische Regierung tatsächlich eine ganz bestimmte Taktik befolgt. Sie hat zweifellos schon bei der Übergabe der zweiten Note genau erwogen, welche Antworten darauf von deutscher Seite erfolgen könnten und welche als ausreichend oder als ungenügend für den Abschluß eines Waffenstillstandsvertrags und die Einleitung von Friedensverhandlungen angesehen werden müßten, so daß für sie, als ihr die deutsche Antwortnote vom 20. Oktober überreicht wurde, sofort auch die Form ihrer dritten Note feststand.

In ihrer Fassung bestätigt diese dritte Note Wilsons die in der letzten Nummer der Neuen Zeit vertretene Ansicht, daß es verkehrt sei, seine zweite Note so zu deuten, als hätten die Friedensaussichten sich seit dem am 4. Oktober erfolgten Friedensangebot verschlechtert. Das Zustandekommen eines baldigen Waffenstillstandes als Einleitung zu Friedensverhandlungen kann heute bei einem einigermaßen geschickten taktischen Verhalten der deutschen Regierung als gesichert gelten, wenn auch, wie bereits in dem Artikel »Vor schwierigen Problemen« ausgeführt wurde, erst »nach einigen weiteren Komplikationen« und unter härteren Bedingungen, als mancher nach der Verkündigung des Friedensangebots in der Reichstagsversammlung am 5. Oktober dieses Jahres vorausgesehen haben dürfte. Unter diesen »weiteren Komplikationen« verstanden wir nicht die auch in der jetzigen Note wieder erfolgte Ankündigung, daß die amerikanische Regierung nicht gewillt ist, einen Waffenstillstand abzuschließen, der nicht, wie es im Text der dritten Note heißt, die Alliierten in der Lage beläßt, die Einhaltung eines jeden »Vergleichs, der getroffen wird, zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten von deutscher Seite unmöglich zu machen«. Mögen konservative Blätter, die den Kampf auf Leben und Tod an der Westfront fortsetzen möchten, weil sie in dessen Verlauf Gelegenheiten zur Zurückgewinnung verlorener Machtpositionen zu finden glauben, immerhin von einer neuen verschärften Forderung Wilsons, von völliger Kapitulationsforderung sprechen, jeder, der die Sprache amerikanischer Diplomaten und Politiker versteht, fand schon in der zweiten Note die Ablehnung langer gegenseitiger Waffenstillstandsverhandlungen, dagegen das Verlangen einer einseitigen Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Entente-regierungen beziehungsweise durch ihre militärischen Sachverständigen, und zwar solcher Bedingungen, die das deutsche Heer daran hindern, nach Ablauf des Waffenstillstandes den Kampf mit irgendwelchen Aussichten auf Erfolg wiederaufnehmen zu können. Anders konnte der betreffende Passus in der zweiten Note Wilsons gar nicht ver-

standen werden, und wenn die konservativen Politiker sich jetzt so stellen, als hätten sie das nicht schon aus dieser herausgelesen, so beweisen sie damit nur, daß sie entweder glauben, eine taktische Schwenkung machen zu müssen, oder daß sie völlig unfähig sind, die Sprache der amerikanischen Regierung zu verstehen.

Die »weiteren Komplikationen« betreffen ein anderes Gebiet. Erstens glaubt man drüben, jenseits des Ozeans, nicht — und noch weniger in England —, daß die jetzige demokratisch-parlamentarische Regierung in Deutschland Bestand haben wird, sondern befürchtet, daß das Heer noch ein willfähiges Instrument in der Hand der leitenden Militärpersonen ist. Sobald sich deshalb eine günstige politische oder militärische Situation biete, könnten die betreffenden Personen versuchen, ihre frühere Herrschaft wiederherzustellen. Ob tatsächlich heute noch das deutsche Heer zu solchen Zwecken verwendungsfähig ist, ob derartige Absichten wirklich in bestimmten militärischen Kreisen bestehen, ist völlig nebensächlich; Tatsache ist, daß drüben wie in England derartige Überzeugungen vorherrschen, selbst in Kreisen, die als relativ deutschfreundlich gelten, und daß die Waffenstillstandsbedingungen viel anspruchsvoller ausfallen würden, wenn dieser Glaube nicht wäre. So aber sagt man sich: die »military authorities and masters«, wie man sie in den dortigen politischen Kreisen nennt, warten nur darauf, ihr früheres Regiment wiederherzustellen; gelingt es ihnen, während der Waffenstillstandsdauer die deutschen Armeen zu reorganisieren, so werden sie nicht versäumen, den Kampf von neuem zu beginnen; gelingt es nicht, so werden sie sicher alsbald nach Friedensschluß versuchen, sich wieder in den Besitz der Macht zu setzen, und diese dann dazu benutzen, die Vorbereitungen für einen neuen Krieg zu beginnen.

Es wäre ein großer Fehler, sich über diese Auffassung und ihren vorausichtlichen Einfluß auf die Waffenstillstandsbedingungen und die kommenden Friedensverhandlungen zu täuschen. Gerade aus diesen Befürchtungen heraus verlangt man, daß der Waffenstillstand nur unter Bedingungen geschlossen wird, die der deutschen Heeresleitung unmöglich machen, den Kampf nach Belieben wieder aufzunehmen oder bei den Friedensverhandlungen militärische Argumente und Machtmittel in die Waagschale zu werfen.

Diese Bedrohung des neuen deutschen Regierungssystems aber erblickt man nicht in den süddeutschen Staaten, die man meist für viel einflußloser hält, als sie tatsächlich sind, sondern in Preußen. Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen bewertet man — auch darüber sollten wir uns nicht täuschen — in den Vereinigten Staaten und England recht gering, am geringsten in den politischen Kreisen, die einige Kenntnis der preußischen Geschichte seit den sogenannten Befreiungskriegen haben und wissen, wie das Dreiklassenwahlrecht zustande gekommen ist. Diese Einführung, meint man, kann, wenn die bisherige Macht der Generale und der preußischen Bureaukratie bestehen bleibt, leicht bei erster Gelegenheit wieder hinweggefegt werden. Deshalb ist nicht nur zur Sicherung des Reichssystemwechsels, sondern nicht minder als Mittel der Einwirkung auf die Auffassung und Stimmung des Auslandes durchaus nötig, daß so schnell wie möglich Neuwahlen für das Preußische Abgeordnetenhaus vollzogen und auch in Preußen das Junkerregiment durch ein parlamentarisches Regierungs-

system ersetzt wird; ferner daß der Reichskanzler zugleich das Amt eines preußischen Ministerpräsidenten übernimmt. In einem großen Teil des Auslandes würde diese Vereinigung beider Ämter in einer Hand als eine Unterordnung preußischer Sonderinteressen unter das neue Reichsregierungs-system aufgefaßt werden. Im Jargon der konservativen Presse mag es zwar heißen: »Was geht uns das Ausland an? Wir sind ein selbständiger Staat und ordnen unsere Angelegenheiten selbst nach eigenem Befinden.« Wie weit ein Staat mit solcher Hinwegsetzung über die Auffassungen und Stimmungen des Auslandes kommt, hat die Kriegszeit deutlich genug bewiesen. Und auch diesmal würde bei den Friedensverhandlungen wieder das deutsche Volk die Rechnung für solche Großsprechereien zu bezahlen haben; denn es ist ganz zweifellos, je mehr der amerikanischen Regierung die Durchführung der demokratischen und die Erledigung der militärischen Gewalt gesichert erscheint, desto weniger wird man bei den Friedensverhandlungen auf sogenannten Sicherheiten bestehen.

Es ist nur ein Ausdruck der allgemeinen Auffassung des Auslandes, die auch in neutralen Staaten vielfach hervortritt, wenn es in Wilsons neuer Note heißt: »Der Präsident würde glauben, nicht ganz offen zu sein, wenn er nicht in freimütigster Weise den Grund dafür angeben würde, warum besondere Sicherheiten (im englischen Text steht das Wort safeguards, das in diesem Zusammenhang wohl besser mit »Verhütungsmaßnahmen« übersetzt würde) gefordert werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so scheint doch nicht der Grundsatz eines dem deutschen Volke verantwortlichen Regiments völlig durchgeführt (im englischen Text heißt es fully worked out: »völlig herausgearbeitet«) und keine Garantie dafür gegeben zu sein oder in Betracht gezogen zu werden, daß die Änderung des Grundsatzes und der Praxis, über die man jetzt teilweise übereingekommen ist, von Dauer sein wird.«

Offen wird hier der Argwohn ausgesprochen: »Wird auch der Systemwechsel im Reiche Bestand haben, wird er nicht bald zu einer Episode werden? Welche Sicherheit habt ihr dafür, daß nicht Junkertum und Offizierkorps wieder demnächst die Oberhand gewinnen?« Eine deutliche Antwort auf diese Frage, die im ganzen Ausland Widerhall finden dürfte, ist erforderlich — nicht durch schöne Versicherungen in einem guffülltesten Antwortschreiben oder durch öffentliche Erklärungen des Reichskanzlers und der Staatssekretäre im Reichstag, sondern durch eine gründliche Reform des preußischen Verwaltungs- und Militärsystems.

Eine andere Forderung, die Wilson zwar nicht direkt, wohl aber deutlich genug indirekt stellt, ist das an das deutsche Volk gerichtete Verlangen: »Entferne die Personen, die schuld an dem Kriege und seiner Durchführung sind, aus ihren Stellungen; wir konferieren nicht mit jenen, die bisher die deutsche Politik geleitet haben, denn wir setzen kein Vertrauen in ihre Versprechungen und Befeuerungen; die Regierung der Vereinigten Staaten verhandelt nur mit wirklichen Vertretern des deutschen Volkes (the government of the United States cannot deal with any but veritable representatives of the German people)«. Und um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß das Verbleiben dieser Personen in ihren Stellungen, auch wenn

sie zeitweilig in den Hintergrund treten, die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen enorm erschweren und die Entente veranlassen würde, völlige Kapitulation auf Gnade und Ungnade zu verlangen, fügt die Wilsonsche Note hinzu: »Wenn sie (die Vereinigten Staaten) jetzt mit den militärischen Herrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich würde, daß sie später mit ihnen über die internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.«

Die Personen, auf die sich dieser Hinweis bezieht, sind — das ist jedem Politiker klar — Wilhelm II. und Ludendorff. Die Note enthält nicht direkt, wie die deutsch-konservative Fraktion des Reichstags behauptet, die Aufforderung an das deutsche Volk: »Entthront den Kaiser, entlasset den Generalquartiermeister!« Sie erklärt nur kurzweg: »Mit diesen Personen verhandelt die Entente nicht, und wenn das deutsche Volk einen relativ günstigen Frieden haben will, muß es nicht fordern, daß wir uns mit diesen Personen in Friedensverhandlungen einlassen sollen.« Indirekt enthält dieser Passus der dritten Note die moralische Aufforderung an die betreffenden Personen: »Wollt ihr nicht dem Weltfrieden im Wege stehen, fügt euch in euer Schicksal und folgt dem Schritt, den Ferdinand von Bulgarien bereits vollzogen hat!«

In dieser Forderung liegt auch bereits, daß jene militärischen Reformen, die noch vor kurzem im Reichstag verlangt und von den Konservativen als unerhörte Übergriffe der Demokratisierungssucht verhöhnt wurden, wie die Aufhebung der Kommandogewalt des Kaisers, die Schaffung des Amtes eines Staatssekretärs des Krieges, die Unterstellung des Großen Generalstabs unter den Reichskanzler, schon heute den Anforderungen nicht mehr genügen. Die Revolutionswelle, die Deutschlands politisches Leben erfasst hat, greift auf immer weitere Gebiete über, und wer sich ihr entgegenstemmt, wird von ihr in die Fluten hinabgezogen. Was heute noch fest auf den Sockeln alter Überlieferungen zu ruhen scheint, ist vielleicht morgen schon hinweggeschwemmt.

Man mag die Forderungen der dritten Wilsonschen Note nach dem Muster konservativer Blätter als unberechtigten Eingriff in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes, als Expressertaktik, brutale Gewaltstreich usw. bezeichnen, an der Zwangslage, in die das Deutsche Reich gelangt ist, und zwar gerade durch die militärische Gewaltpolitik konservativer Machthaber, ändern solche Redewendungen nichts. Und denselben Wert haben die Rufe nach Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, die voraussichtlich in den nächsten Tagen in konservativen Blättern auftauchen werden. Für seine ureigensten Lebensnotwendigkeiten hätte allenfalls das deutsche Volk seine letzten Kräfte eingesetzt; aber Aufrufe, den Kampf gegen eine ungeheure Übermacht für die Erhaltung der preußischen Thronrechte fortzusetzen, werden wenig Erfolg haben — am wenigsten in Süddeutschland. Ein Kampf unter dieser Devise könnte vielmehr leicht die alte Spaltung zwischen Nord und Süd in anderer Form wiedererstehen lassen. Was würde auch nach einigen Monaten eines erneuten Winterfeldzugs das Resultat sein? Auf eine Unterfützung unserer früheren Verbündeten ist nicht

mehr zu rechnen, eher auf ihre Unterstützung der Entente. Das Deutsche Reich stände allein einer Mächtekoalition gegenüber, die alle Mittel in Bewegung setzen würde, Deutschland niederzuzwingen. Und diese Mittel erfahren schon dadurch, daß die Alliierten einen wesentlichen Teil ihrer Heereskräfte in Italien, auf dem Balkan, in Asien freibekommen, eine wesentliche Verstärkung. Selbst jene neutralen Mächte, die bisher noch einigen Handelsverkehr mit uns unterhielten, würden sich, wenn wir die neueste, die Einleitung von Friedensverhandlungen versprechende Note Wilsons mit Kampfausrufen unter konservativ-dynastischer Parole beantworten wollten, gegen uns kehren. Oft haben wir uns in den verflossenen Kriegsjahren über die Stärke unserer Kampfmittel und die Stimmung des Auslandes getäuscht; diesmal wäre eine solche Selbsttäuschung der schwerste Selbstbetrug.

Verfassungs- und Verwaltungsreformen in Preußen.

Von Paul Hirsch.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert, die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus werden sich unter dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht vollziehen. Die Macht des preußischen Junkertums, das siebzig Jahre hindurch im größten deutschen Bundesstaat geschaltet und gewaltet und von hier aus seinen Einfluß auf das Reich ausgeübt hat, ist gebrochen, ein neuer, ein freiheitlicher Geist wird im Preußischen Landtag wehen und Gesetzgebung und Verwaltung befruchten.

Wir Sozialdemokraten haben das gleiche Wahlrecht niemals um seiner selbst willen angestrebt, sondern wir haben es stets nur als Mittel zum Zweck betrachtet, um mit seiner Hilfe Staat und Gesellschaft zu demokratisieren und zu sozialisieren. Wir geben uns deshalb mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden, sondern wir werden alles aufbieten, um diesem ersten Schritte weitere von nicht geringerer Bedeutung folgen zu lassen. Auch das freieste Wahlrecht wird nichts nützen, wenn es nicht gelingt, den Einfluß des Parlaments zu stärken, dem Willen einer in veralteten Anschauungen befangenen verknöcherten Bürokratie Halt zu gebieten und die Vertreter des alten Regiments, die sich der neuen Zeit nicht anpassen können, kaltzustellen.

Worauf es zunächst ankommen wird, ist die Einführung des parlamentarischen Systems auch in Preußen. Was hilft das parlamentarische System im Reiche, wenn mit Hilfe einer preußischen Regierung, die politisch auf einem anderen Boden steht als die Reichsregierung, die Reichspolitik durchkreuzt und verhindert werden kann? Da nach Artikel 78 der Reichsverfassung Änderungen der Verfassung als abgelehnt gelten, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich haben, kann Preußen mit seinen 17 Stimmen jede Verfassungsänderung hintertreiben. Schon hieraus folgt die zwingende Notwendigkeit, wie im Reiche, so auch in Preußen zum parlamentarischen System überzugehen. Der in der Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses von konservativer Seite erhobene Einwand, daß nur die monarchische Regierung es verhindert habe, daß Deutschland vor dem Ruin stehe, ist durch die Ereignisse der letzten Monate genügend widerlegt worden.